



A01

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 26. Juni 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

AG LEERSTAND AUF DER WIEDEN

In der Bezirksvertretungssitzung vom 27.03.2025 wurde die Resolution von Links, den Grünen und der freien Mandatarin Eveline Dürr zur Schaffung einer AG Leerstand mehrstimmig angenommen. Seither ist ein dreiviertel Jahr vergangen und es gibt keine Informationen zum Stand der Dinge.

Wir stellen daher folgende Fragen an die Bezirksvorstehung:

Wie steht es um die Vorbereitungen? Wann wird die AG Leerstand einberufen?

Begründung

Der Leerstand wird mehr und nicht weniger. Das Problem löst sich nicht von allein und schon gar durch den „Freien Markt“.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

BEHINDERTE WIEDNER*INNEN KÜRZUNGEN

Die Kürzungen im Sozialbereich, gerade beim Fonds Soziales Wien (FSW), stellen die Wiedner*innen vor große Herausforderungen. Die Stadt Wien kürzt dabei sowohl bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, im Obdachlosenbereich, bei Beratungs- und Inklusions-Angeboten, aber auch bei Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen.

Ist der Bezirksvorstehung bekannt, welche Einrichtungen auf der Wieden alle von den Kürzungen im Sozialbereich (FSW) der Stadt Wien betroffen sind?

Gab und gibt es Gespräche oder Maßnahmen, mit der Vertreter*innen der Stadt und/oder der Einrichtungen, um die durch die Kürzungen entstehenden Engstellen auszugleichen, oder ein anderweitiges Unterstützungsangebot seitens des Bezirks?

Wie viele Menschen mit anerkannten Behinderungen leben auf der Wieden?

Auf der Wieden sind Einrichtungen der **Behindertenhilfe** angesiedelt, wie etwa der Caritas (Sozialer Dienst Zuhause). Wissen Sie, ob diese und andere Einrichtungen von den Budgetkürzungen betroffen sind?

Wenn ja, wissen Sie, welche Auswirkungen dies auf das Angebot hat?

Welche Auswirkungen der Kürzungen im Sozialen Bereichen wird es für Wiedner*innen mit Behinderungen oder Behinderungen von Familienangehörigen (Pflege, Betreuung, Transport, Lebenskosten) insgesamt geben?

Wie sehen Sie, als Bezirksvorsteherin der Wieden die Kürzungen und den Abbau von Sozialleistungen für die Wiedner*innen? Welche Gegenmaßnahmen können Sie sich für die betroffenen Menschen vorstellen? Was kann die Bezirksvorstehung jenen Menschen, die von den Kürzungen betroffen sind, bieten, um ihre akut aufkommende soziale Notlage zu verbessern?

Welche Empfehlungen für den Bezirk, seine Bewohner*innen und Mandatar*innen haben Sie und an welchen Stellschrauben im System können Sie oder wir gemeinsam drehen, damit die Menschen im Bezirk, die jetzt in eine Notlage kommen oder deren Notlage sich zunehmend verschärfen werden, zu den lebenswichtigen Dienstleistungen und Geld für ihren Lebensunterhalt kommen?

BEGRÜNDUNG

Durch die hohen Budgetkürzungen im Bereich des FSW (Fonds-Soziales-Wien) werden erwartungsgemäß zahlreiche soziale Institutionen und Menschen auf der Wieden betroffen sein. Es ist die Rede von Kürzungen in der Höhe von 500 Millionen Euro.

Die genaue Zahl steht zwar noch nicht fest, dennoch müssen soziale Einrichtungen auf der Wieden bereits jetzt ihr Angebot reduzieren und Mitarbeitende entlassen.

Das hat bereits und wird gravierende Auswirkungen auf die Menschen im Bezirk haben sowie einen massiven Anstieg von Armut mit sich bringen. Diese negativen Entwicklungen gilt es mit großer Anstrengung gemeinsam zu verhindern.

Klubvorsitzende

Bezirksrätin

Mag^a Amela Pokorski

Anna László BSc. MA

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

Betreffend

FREIE BÜHNE WIEDEN

Die langjährige Leiterin der Freien Bühne Wieden, Michaela Ehrenstein, hört mit Jahresende auf und hat in den letzten Wochen nach einer Nachfolge gesucht. Eine Zeitlang sah es so aus als wäre diese Suche erfolglos, da die Finanzierung des Betriebs aufgrund der abgelehnten neuerlichen Kulturförderung der Stadt Wien unklar ist. Eine fehlende Nachfolge hätte daher die Schließung des Theaters zur Konsequenz gehabt.

Nun scheint plötzlich doch ein neuer Leiter für das Theater gefunden worden zu sein, Fragen zur Finanzierung und zur weiteren Zukunft des Theaters bleiben jedoch nach wie vor offen.

Wir stellen daher folgende Fragen an die Bezirksvorsteherin:

Wurden und wann wurden Gespräche mit wem geführt? War und ab wann der Bezirksvorsteherin die Situation des Theaters bekannt?

Welche Informationen hat die Bezirksvorsteherin zur zukünftigen Finanzierung des Theaters? Was sind die Ideen der Bezirksvorsteherin zum Theater?

BEGRÜNDUNG

Die geplanten Kürzungen des Wiener Kulturbudgets betreffen auch die Kulturlandschaft auf der Wieden. So hat die Magistratsabteilung 7 bereits angekündigt, die Förderung, welche die Freie Bühne Wieden in den letzten Jahren erhalten hat, nicht mehr zu gewähren. Dies hat es erheblich erschwert, eine Nachfolge für das Theater zu finden, und auch trotz neuem Theaterleiter stellt sich weiterhin die Frage wie der Theaterbetrieb finanziell aufrecht erhalten werden kann.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

GEFLÜCHTETE WIEDNER*INNEN KÜRZUNGEN

Die Kürzungen im Sozialbereich, gerade beim Fonds Soziales Wien (FSW), stellen die Wiener*innen vor große Herausforderungen. Die Stadt Wien kürzt dabei sowohl bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, im Obdachlosenbereich, bei Beratungs- und Inklusions-Angeboten, aber auch bei Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen.

Ist der Bezirksvorstehung bekannt, welche Einrichtungen auf der Wieden alle von den Kürzungen im Sozialbereich (FSW) der Stadt Wien betroffen sind?

Gab und gibt es Gespräche oder Maßnahmen, mit der Vertreter*innen der Stadt und/oder der Einrichtungen, um die durch die Kürzungen entstehenden Engstellen auszugleichen, oder ein anderweitiges Unterstützungsangebot seitens des Bezirks?

Im Bereich der **Flüchtlingshilfe** sind es unter anderem Einrichtungen der Caritas und des Roten Kreuzes, die auf der Wieden tätig sind. Wissen Sie, ob diese Einrichtungen von den Kürzungen betroffen sind? Wenn ja, wissen Sie, welche Auswirkungen diese Kürzungen auf das Angebot für Geflüchtete und Vertriebene haben wird?

Wie viele Menschen mit dem Status "Subsidiär Schutzberechtigte*r" wohnen im 4. Bezirk und sind ab 2026 von der gänzlichen Streichung der Mindestsicherung betroffen?

Wie sehen Sie, als Bezirksvorsteherin der Wieden die Kürzungen und den Abbau von Sozialleistungen für die Wiedner*innen? Welche Gegenmaßnahmen können Sie sich für die betroffenen Menschen vorstellen? Was kann die Bezirksvorstehung jenen Menschen, die von den Kürzungen betroffen sind, bieten, um ihre akut aufkommende soziale Notlage zu verbessern?

Welche Empfehlungen für den Bezirk, seine Bewohner*innen und Mandatar*innen haben Sie und an welchen Stellschrauben im System können Sie oder wir gemeinsam drehen, damit die Menschen im Bezirk, die jetzt in eine Notlage kommen oder deren Notlage sich

zunehmend verschärft werden, zu den lebenswichtigen Dienstleistungen und Geld für ihren Lebensunterhalt kommen?

BEGRÜNDUNG

Durch die hohen Budgetkürzungen im Bereich des FSW (Fonds-Soziales-Wien) werden erwartungsgemäß zahlreiche soziale Institutionen und Menschen auf der Wieden betroffen sein. Es ist die Rede von Kürzungen in der Höhe von 500 Millionen Euro.

Die genaue Zahl steht zwar noch nicht fest, dennoch müssen soziale Einrichtungen auf der Wieden bereits jetzt ihr Angebot reduzieren und Mitarbeitende entlassen.

Das hat bereits und wird gravierende Auswirkungen auf die Menschen im Bezirk haben sowie einen massiven Anstieg von Armut mit sich bringen. Diese negativen Entwicklungen gilt es mit großer Anstrengung gemeinsam zu verhindern.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

HAUS ZUM LEBEN WIEDEN

Wie viele Menschen wohnen im Rahmen von „Junges Wohnen“ mit Stand Ende 2025 im Haus zum Leben auf der Wieden?

Wie viele Menschen wohnen im Rahmen der „Flüchtlingshilfe“ mit Stand Ende 2025 im Haus zum Leben auf der Wieden?

Werden 2026 mehr Wohnmöglichkeiten für bestimmte Menschen z. B. subsidär Schutzberechtigte, Vertriebene aus der Ukraine und sonstige geschaffen? Mit Ende 2025 werden Unterkünfte für Ukrainer*innen geschlossen, subsidär Schutzberechtigte werden aus der Mindestsicherung rausgeworfen und damit droht vielen dieser Menschen Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit?

Wie hoch ist der Anteil von Pflegekräften aus Drittstaaten im Haus zum Leben auf der Wieden?

Welche Unterstützung erfahren diese Menschen im Rahmen ihrer Anstellungen und Arbeit bzgl. Behördenwege, Spracherwerb, Supervision, etc.?

Gibt es und wenn ja, wie viele Personalwohnplätze gibt es für Menschen aus Drittstaaten auf der Wieden?

Ist es mehrsprachigem Personal erlaubt, mit Bewohner*innen in deren Erstsprachen zu sprechen?

Falls ja, wurde in Wien und damit auf der Wieden jemals evaluiert, wie sich der Gebrauch von Erstsprachen auf die Gesundheit der Bewohner*innen von auswirkt?

Welche Maßnahmen wurden im Haus zum Leben auf der Wieden nach dem Überfall auf eine Bewohnerin vor zwei Jahren gesetzt und wurden diese bereits evaluiert?

Wie will die Stadt Wien ihre Häuserstrategie 2030+ erreichen, wenn in den nächsten Jahren auch in dem Bereich gespart werden wird?

Welche Leistungen, Services, Veranstaltungen, Jobs, ... müssen dann im Bezirk gestrichen werden?

Begründung

In der Häuserstrategie 2030+ sieht die Stadt Wien in den Häusern zum Leben einen wichtigen Teil der Sozialpolitik.

Häuser zum Leben sind tatsächlich eine wichtige Drehscheibe für Wiedner*innen unterschiedlicher Geburtsorte, Alter, Sprachen, Religionen, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung, uvm sein. Im Grätzl und im Bezirk spielen sollten sie eine noch größere Rolle im Alltag spielen.

Die Bevölkerung wächst und wird älter, die Bedürfnisse der Menschen im Alter ändern sich, Betreuungs- und Pflegebedarf wird höher.

Es besteht aufgrund der massiven Kürzungen im Sozialbereich der Stadt Wien und des eingefrorenen Bezirksbudgets für die nächsten Jahre die berechtigte Sorge, dass auch bei älteren und/oder pflegebedürftigen Menschen im Bezirk und damit auch bei anderen Menschen gespart werden soll. Eine Raubbau in dem Bereich kommt einem Angriff auf uns alle gleich.

Das Ansetzen des Rotstifts in vielen Bereichen, eben auch hier, ist ein Angriff auf Lebensbedingungen von vulnerablen Gruppen der Bevölkerung auf der Wieden.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László, BSc MA MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

Betreffend

AUSWIRKUNGEN DER KÜRZUNGEN DES WIENER KULTURBUDGETS

Auch in der Kultur soll in Wien gespart werden. In Bezug auf die Wieden stellen wir daher folgende Frage:

Welche konkreten Auswirkungen hat die Kürzung des Wiener Kulturbudgets auf das Kulturangebot auf der Wieden?

BEGRÜNDUNG

Am 17. Dezember 2025, einen Tag vor der Bezirksvertretungssitzung auf der Wieden, soll im Wiener Rathaus das Budget für Wien beschlossen werden. Wie bereits durchgesickert ist, wird es massive Einschnitte im Kulturbudget und im Sozialbudget beinhalten.

Davon können auch Kultureinrichtungen auf der Wieden betroffen sein. Diese Einsparungen machen Kulturarbeit noch prekärer und werden das Kulturangebot in Wien daher maßgeblich verringern. Dies gilt es auf Bezirksebene und darüber hinaus, so gut es geht, zu verhindern bzw. auszugleichen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

PFLEGE BEDÜRFTIGE WIEDNER*INNEN KÜRZUNGEN

Die Kürzungen im Sozialbereich, gerade beim Fonds Soziales Wien (FSW), stellen die Wiedner*innen vor große Herausforderungen. Die Stadt Wien kürzt dabei sowohl bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, im Obdachlosenbereich, bei Beratungs- und Inklusions-Angeboten, aber auch bei Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen.

Ist der Bezirksvorstehung bekannt, welche Einrichtungen auf der Wieden alle von den Kürzungen der Stadt Wien betroffen sind?

Gab und gibt es Gespräche oder Maßnahmen, mit der Vertreter*innen der Stadt und/oder der Einrichtungen, um die durch die Kürzungen entstehenden Engstellen auszugleichen, oder ein anderweitiges Unterstützungsangebot seitens des Bezirks?

Im Bereich der mobilen und der stationären **Pflege** befinden sich etwa Einrichtungen des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser. Wissen Sie, ob diese Einrichtungen von den Budgetkürzungen betroffen sind? Wenn ja, wissen Sie welche Auswirkungen das auf die Wieden und ihre Bewohner*innen haben wird?

Wie sehen Sie, als Bezirksvorsteherin der Wieden die Kürzungen und den Abbau von Sozialleistungen für die Wiedner*innen? Welche Gegenmaßnahmen können Sie sich für die betroffenen Menschen vorstellen? Was kann die Bezirksvorstehung jenen Menschen, die von den Kürzungen betroffen sind, bieten, um ihre akut aufkommende soziale Notlage zu verbessern?

Welche Empfehlungen für den Bezirk, seine Bewohner*innen und Mandatar*innen haben Sie und an welchen Stellschrauben im System können Sie oder wir gemeinsam drehen, damit die Menschen im Bezirk, die jetzt in eine Notlage kommen oder deren Notlage sich zunehmend verschärfen werden, zu den lebenswichtigen Dienstleistungen und Geld für ihren Lebensunterhalt kommen?

BEGRÜNDUNG

Durch die hohen Budgetkürzungen im Bereich des FSW (Fonds-Soziales-Wien) werden erwartungsgemäß zahlreiche soziale Institutionen und Menschen auf der Wieden betroffen sein. Es ist die Rede von Kürzungen in der Höhe von 500 Millionen Euro.

Die genaue Zahl steht zwar noch nicht fest, dennoch müssen soziale Einrichtungen auf der Wieden bereits jetzt ihr Angebot reduzieren und Mitarbeitende entlassen.

Das hat bereits und wird gravierende Auswirkungen auf die Menschen im Bezirk haben sowie einen massiven Anstieg von Armut mit sich bringen. Diese negativen Entwicklungen gilt es mit großer Anstrengung gemeinsam zu verhindern.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

SUCHTKRANKE WIEDNER*INNEN KÜRZUNGEN

Die Kürzungen im Sozialbereich, gerade beim Fonds Soziales Wien (FSW), stellen die Wiedner*innen vor große Herausforderungen. Die Stadt Wien kürzt dabei sowohl bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, im Obdachlosenbereich, bei Beratungs- und Inklusions-Angeboten, aber auch bei Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen.

Ist der Bezirksvorstehung bekannt, welche Einrichtungen auf der Wieden alle von den Kürzungen im Sozialbereich (FSW) der Stadt Wien betroffen sind?

Gab und gibt es Gespräche oder Maßnahmen, mit der Vertreter*innen der Stadt und/oder der Einrichtungen, um die durch die Kürzungen entstehenden Engstellen auszugleichen, oder ein anderweitiges Unterstützungsangebot seitens des Bezirks?

Im Bereich der **Suchthilfe** ist bereits bekannt, dass wienweit ca 15% eingespart und die Beratung FÖBES (Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Personen mit Suchterkrankung) beinahe komplett aufgelassen wird. Wissen Sie, welche Auswirkungen diese Kürzungen für das Angebot im 4. Bezirk hat?

Welche Auswirkungen die Kürzungen konkret gab und gibt es auf gabarage im Bezirk und deren Mitarbeiter*innen?

Wissen Sie, ob es zur Reduktion der Leistungen des Streetworks der Suchthilfe im Bereich des Hauptbahnhofs und dadurch auch auf der Wieden kommen wird?

Wissen Sie, zu welchen Reduktionen in den Leistungen der Suchtberatung- und Behandlung im Bezirk kommen wird?

Wie sehen Sie, als Bezirksvorsteherin der Wieden die Kürzungen und den Abbau von Sozialleistungen für die Wiedner*innen? Welche Gegenmaßnahmen können Sie sich für die betroffenen Menschen vorstellen? Was kann die Bezirksvorstehung jenen Menschen, die

von den Kürzungen betroffen sind, bieten, um ihre akut aufkommende soziale Notlage zu verbessern?

Welche Empfehlungen für den Bezirk, seine Bewohner*innen und Mandatar*innen haben Sie und an welchen Stellschrauben im System können Sie oder wir gemeinsam drehen, damit die Menschen im Bezirk, die jetzt in eine Notlage kommen oder deren Notlage sich zunehmend verschärfen werden, zu den lebenswichtigen Dienstleistungen und Geld für ihren Lebensunterhalt kommen?

BEGRÜNDUNG

Durch die hohen Budgetkürzungen im Bereich des FSW (Fonds-Soziales-Wien) werden erwartungsgemäß zahlreiche soziale Institutionen und Menschen auf der Wieden betroffen sein. Es ist die Rede von Kürzungen in der Höhe von 500 Millionen Euro.

Die genaue Zahl steht zwar noch nicht fest, dennoch müssen soziale Einrichtungen auf der Wieden bereits jetzt ihr Angebot reduzieren und Mitarbeitende entlassen.

Das hat bereits und wird gravierende Auswirkungen auf die Menschen im Bezirk haben sowie einen massiven Anstieg von Armut mit sich bringen. Diese negativen Entwicklungen gilt es mit großer Anstrengung gemeinsam zu verhindern.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE**betreffend****LIEGENSCHAFT WIEDNER HAUPTSTRASSE 46**

Was ist genau ist zusammengefasst der aktuelle Stand zu der Immobilie in der Bezirksvorstehung der Wieden?

Gibt es Pläne – Abrissarbeiten, Bauarbeiten oder ähnliches, die dem Bezirk oder der Stadt bekannt sind?

Was das Haus schon Thema bei Ihrem Problemhäuser Jour Fixe?

Laufen irgendwelche Behördenverfahren rund um das Haus und falls ja, welche?

Gab es Anfragen und/oder Beschwerden aus benachbarten Häusern? Aufgrund von potentiellen Gefahrenquellen?

Gibt es sonstige wichtige Informationen für die Bezirksvertretung rund um diese Liegenschaften, die wir hier nicht extra angefragt haben?

Begründung

Jedes Haus, jede Wohnung, die leer steht und verfällt, fehlt der Bezirksbevölkerung und treibt die Mietpreise weiter in die Höhe. Diese zwei Liegenschaften stehen seit Jahren leer.

Wir haben im Bezirk in den letzten Jahren immer mehr Fälle von gravierendem Leerstand, Verfehlungen bei Erhaltungspflichten von Eigentümer*innen, illegalen Kurz- und Langvermietungen, Schikanen gegen Mieter*innen, Spekulationen mit Grundstücken uvm.

Als Bezirkspolitiker*innen können wir im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfahren nur dann gegensteuern, wenn wir Kenntnis erlangen und uns so früh wie möglich mit diesen Häusern befassen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

LIEGENSCHAFTEN WIEDNER HAUPTSTRASSE 52 und 54

Die zwei Liegenschaften wurden bereits vor Jahren, nämlich vor dreieinhalb Jahren geräumt. Seitdem geschieht mit den Häusern NICHTS. Sie werden dem Verfall Preis gegeben. Wie üblich im spekulativen Immo-sektor, der zunehmend voll ist an Schrotthäusern. In manchen dieser Schrotthäuser wohnen sogar noch Menschen.

In diesen Fällen dürfte das aber nicht der Fall sein, oder?

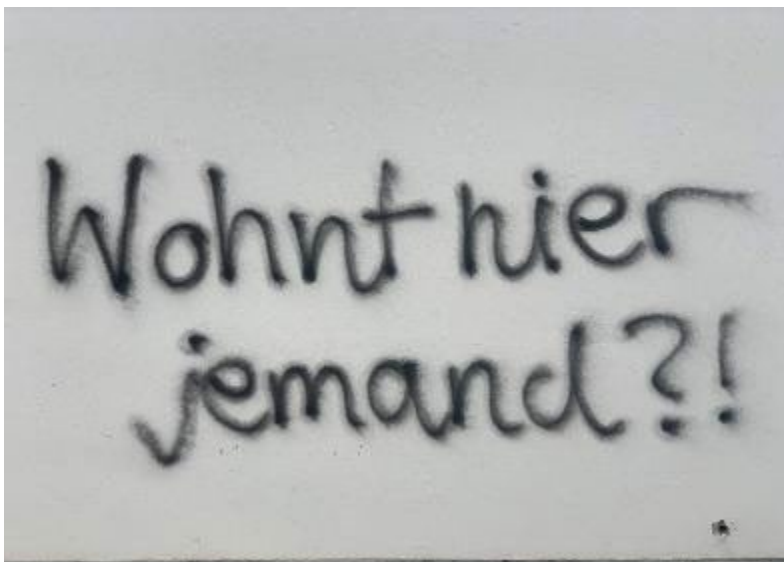
Was ist der aktuelle Stand zu der Immobilie?

Gibt es Pläne – Abrissarbeiten, Bauarbeiten oder ähnliches, die dem Bezirk oder der Stadt bekannt sind?

Was das Haus schon Thema bei Ihrem Problemhäuser Jour Fixe?

Laufen irgendwelche Behördenverfahren rund um das Haus und falls ja, welche?

Gab es Anfragen und/oder Beschwerden aus benachbarten Häusern? Aufgrund von potentiellen Gefahrenquellen? Gibt es sonstige wichtige Informationen für die Bezirksvertretung rund um diese Liegenschaften, die wir hier nicht extra angefragt haben?





Begründung

Jedes Haus, jede Wohnung, die leer steht und verfällt, fehlt der Bezirksbevölkerung und treibt die Mietpreise weiter in die Höhe. Diese zwei Liegenschaften stehen seit Jahren leer.

Wir haben im Bezirk in den letzten Jahren immer mehr Fälle von gravierendem Leerstand, Verfehlungen bei Erhaltungspflichten von Eigentümer*innen, illegalen Kurz- und Langvermietungen, Schikanen gegen Mieter*innen, Spekulationen mit Grundstücken uvm.

Als Bezirkspolitiker*innen können wir im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Verfahren nur dann gegensteuern, wenn wir Kenntnis erlangen und uns so früh wie möglich mit diesen Häusern befassen.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

Die Bezirksrätinnen von LINKS Wieden stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 18. Dezember 2025 die folgende

ANFRAGE

betreffend

WOHNUNGSLOSE WIEDNER*INNEN KÜRZUNGEN

Die Kürzungen im Sozialbereich, gerade beim Fonds Soziales Wien (FSW), stellen die Wiedner*innen vor große Herausforderungen. Die Stadt Wien kürzt dabei sowohl bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung, im Obdachlosenbereich, bei Beratungs- und Inklusions-Angeboten, aber auch bei Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen.

Ist der Bezirksvorstehung bekannt, welche Einrichtungen auf der Wieden alle von den Kürzungen im Sozialbereich (FSW) der Stadt Wien betroffen sind?

Gab und gibt es Gespräche oder Maßnahmen, mit der Vertreter*innen der Stadt und/oder der Einrichtungen, um die durch die Kürzungen entstehenden Engstellen auszugleichen, oder ein anderweitiges Unterstützungsangebot seitens des Bezirks?

Im Bereich der **Wohnungslosenhilfe** sind Einrichtungen der Caritas im Bezirk angesiedelt. Wissen Sie, ob diese Einrichtungen von den Budgetkürzungen betroffen sind? Wenn ja, wissen Sie, welche Auswirkungen das auf das Angebot hat? Wie viele Menschen auf der Wieden sind davon betroffen?

Wie sehen Sie, als Bezirksvorsteherin der Wieden die Kürzungen und den Abbau von Sozialleistungen für die Wiedner*innen? Welche Gegenmaßnahmen können Sie sich für die betroffenen Menschen vorstellen? Was kann die Bezirksvorstehung jenen Menschen, die von den Kürzungen betroffen sind, bieten, um ihre akut aufkommende soziale Notlage zu verbessern?

Welche Empfehlungen für den Bezirk, seine Bewohner*innen und Mandatar*innen haben Sie und an welchen Stellschrauben im System können Sie oder wir gemeinsam drehen, damit die Menschen im Bezirk, die jetzt in eine Notlage kommen oder deren Notlage sich zunehmend verschärfen werden, zu den lebenswichtigen Dienstleistungen und Geld für ihren Lebensunterhalt kommen?

BEGRÜNDUNG

Durch die hohen Budgetkürzungen im Bereich des FSW (Fonds-Soziales-Wien) werden erwartungsgemäß zahlreiche soziale Institutionen und Menschen auf der Wieden betroffen sein. Es ist die Rede von Kürzungen in der Höhe von 500 Millionen Euro.

Die genaue Zahl steht zwar noch nicht fest, dennoch müssen soziale Einrichtungen auf der Wieden bereits jetzt ihr Angebot reduzieren und Mitarbeitende entlassen.

Das hat bereits und wird gravierende Auswirkungen auf die Menschen im Bezirk haben sowie einen massiven Anstieg von Armut mit sich bringen. Diese negativen Entwicklungen gilt es mit großer Anstrengung gemeinsam zu verhindern.

Mag^a Amela Pokorski
Klubvorsitzende

Anna László BSc. MA
Bezirksrätin

**ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**an Frau Bezirksvorsteherin Maga Lea Halbwidl betreffend entfernte
Sitzbretter am Südtiroler Platz:**

1. Aus welchen Gründen wurden die Bretter der Sitzgelegenheiten am Südtiroler Platz entfernt und welche konkreten Beschädigungen lagen nach Einschätzung der zuständigen Dienststelle vor?
2. Bis wann ist vorgesehen, die Sitzgelegenheiten am Südtiroler Platz wieder vollständig herzustellen und die entfernten Bretter erneut zu montieren?
3. Wird im Zuge der (Wieder-)Montage darauf geachtet, dass Verschmutzungen durch zwischen oder unter die Bretter gefallene bzw. gesteckte Gegenstände künftig leichter entfernt werden können und die Sitzgelegenheiten insgesamt besser reinigbar sind

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**an Frau Bezirksvorsteherin Mag^a Lea Halbwidl betreffend Entfernung von
Pflastersteinen in Baumscheiben am St.-Elisabeth-Platz und in der
Favoritenstraße**

Am St.-Elisabeth-Platz wurde bei einzelnen Bäumen die Pflasterung in den Baumscheiben entfernt, während bei anderen Bäumen die Pflastersteine in den Baumscheiben weiterhin bestehen geblieben sind. In der Favoritenstraße (u. a. auf Höhe Hausnummer 4) wurden bislang keine Pflastersteine in den Baumscheiben entfernt, obwohl dort vergleichbare Situationen bestehen. In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

1. Aus welchem Grund wurden bei manchen Bäumen am St.-Elisabeth-Platz die Pflastersteine in den Baumscheiben entfernt, bei anderen Bäumen am selben Platz jedoch nicht?
2. Nach welchen fachlichen Kriterien wird entschieden, bei welchen Bäumen die Pflasterung in den Baumscheiben entfernt wird und bei welchen nicht?
3. Falls der Grund für die Entfernung der Pflastersteine darin liegt, die Wasserversorgung und Durchlüftung des Wurzelraums zu verbessern:
 - a) Weshalb wird diese Maßnahme dann nicht bei allen Bäumen am St.-Elisabeth-Platz umgesetzt, die über eine vergleichbare Pflasterung in der Baumscheibe verfügen?
 - b) Weshalb wurden in der Favoritenstraße – insbesondere im Bereich um Hausnummer 4 – bislang bei keiner Baumscheibe die Pflastersteine entfernt, obwohl dort ähnliche Bedingungen vorliegen?
4. Gibt es einen kurz- oder mittelfristigen Plan, weitere Baumscheiben im 4. Bezirk zu entsiegeln (Entfernung von Pflastersteinen bzw. Vergrößerung der offenen Erdoberfläche), um die Vitalität der Bäume zu erhöhen? Falls ja, bitte um Darstellung der geplanten Standorte und des ungefähren Zeitplans

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

**ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**an Frau Bezirksvorsteherin Mag^a Lea Halbwidl, betreffend
Halten und Parken am Gehsteig in der Kleinschmiedgasse im Bereich der
Schule**

Zwischen welchen Vertragspartnern sind diese Verträge im Einzelnen abgeschlossen (z. B. A1 und Stadt Wien, A1 und Magistratsabteilung, A1 und Bezirk)?

Im Bereich der Schule in der Kleinschmiedgasse kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Fahrzeuge am oder auf dem Gehsteig halten bzw. parken. Zudem befinden sich dort Poller, die offenbar den Gehsteig vor illegalem Halten und Parken schützen sollen. In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

1. Zulässigkeit von Halten und Parken am Gehsteig

- a) Ist nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) das Halten oder Parken am Gehsteig im Bereich der Schule in der Kleinschmiedgasse grundsätzlich zulässig?
- b) Falls es Ausnahmen gibt (z. B. für Einsatzfahrzeuge, Lieferanten, Personen mit Behindertenausweis o. Ä.), auf welcher rechtlichen Grundlage beruhen diese und wie sind sie konkret geregelt?

2. Schlüsselgewalt über öffentliche Poller

- a) Ist es grundsätzlich zulässig, dass ein Schulwart bzw. eine schulische Bedienstete über einen Schlüssel zu öffentlichen Pollern verfügt, die dazu dienen, einen öffentlichen Gehsteig vor illegalem Halten und Parken zu schützen?
- b) Wenn ja:
 - Wer hat die Befugnis erteilt, diesen Schlüssel zu verwenden?
 - Welche Richtlinien oder Dienstanweisungen bestehen für die Nutzung dieser Poller (z. B. wann sie geöffnet bzw. geschlossen werden dürfen)?
- c) Wenn nein: Welche Maßnahmen werden gesetzt, um sicherzustellen, dass nur befugte Stellen die Poller bedienen können?

**ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**an Frau Bezirksvorsteherin Mag^a Lea Halbwidl, zu den Umbauten auf der
Argentinierstraße und der Wiedner Hauptstraße stelle ich folgende Fragen
und ersuche um Beantwortung:**

1. Wie hoch waren die Gesamtkosten der Umbauten
 - auf der Argentinierstraße und
 - auf der Wiedner Hauptstraße?
2. Wie teilen sich diese Kosten jeweils auf in
 - Straßenbau/Verkehr (Fahrbahn, Gehsteige etc.) und
 - Begrünung?
3. Wie viel dieser Kosten wurde
 - durch Förderungen oder Budgets der Stadt Wien übernommen,
 - von den Wiener Linien getragen und
 - aus dem Bezirksbudget der Wieden bezahlt?(Jeweils getrennt für Argentinierstraße und Wiedner Hauptstraße.)

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

**ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**an Frau Bezirksvorsteherin Mag^a Lea Halbwidl, betreffend Naturdenkmäer
auf der Wieden:**

1. Wie viele Bäume auf der Wieden sind derzeit als Naturdenkmal ausgewiesen –
 - a) im öffentlichen Straßenraum,
 - b) in öffentlichen Parkanlagen und Grünflächen,
 - c) auf privaten Liegenschaften?
2. Auf wie vielen dieser als Naturdenkmal ausgewiesenen Bäume ist aktuell eine gut sichtbare Kennzeichnung (z. B. Schild „Naturdenkmal“) angebracht?

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

**ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER SITZUNG DER
BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. DEZEMBER 2025**

**an Frau Bezirksvorsteherin Mag^a Lea Halbwidl, in Zusammenhang mit den
im 4. Bezirk von der Firma A1 aufgestellten Telefonzellen stelle ich folgende
Anfrage und ersuche um Beantwortung:**

1. In welcher rechtlichen Form bestehen für diese Telefonzellen Miet- bzw. Nutzungsverträge (z. B. Mietverträge, Gestattungsverträge, sonstige Vereinbarungen)?
2. Zwischen welchen Vertragspartnern sind diese Verträge im Einzelnen abgeschlossen (z. B. A1 und Stadt Wien, A1 und Magistratsabteilung, A1 und Bezirk)?
3. Hat der 4. Bezirk in irgendeiner Form ein Mitspracherecht bei Abschluss, Verlängerung, Änderung oder Beendigung dieser Verträge?
4. Auf welchen Zeitraum sind die bestehenden Verträge jeweils befristet?
 - Bitte um Angabe der vertraglichen Laufzeiten sowie allfälliger Verlängerungsoptionen.
5. Können diese Verträge seitens der Stadt Wien oder des Bezirks vorzeitig aufgekündigt werden?
 - Wenn ja:
 - Unter welchen Bedingungen (z. B. Kündigungsfristen, besondere Gründe)?
 - Wer ist jeweils kündigungsberechtigt (Stadt, Magistratsabteilung, Bezirk)?
6. Profitiert der 4. Bezirk in irgendeiner Form von Mieteinnahmen oder sonstigen finanziellen Leistungen im Zusammenhang mit diesen Telefonzellen (z. B. Mietzins, Entgelt, Pauschalen)?
 - Wenn ja, in welcher Höhe und in welcher Form (jährlich, einmalig, pauschal)?
7. Zu welchem Zeitpunkt sind die aktuell bestehenden Verträge frühestens ordentlich kündbar?
 - Bitte um Angabe des jeweils frühestmöglichen Kündigungstermins für die im 4. Bezirk befindlichen Standorte.

Pascal Riepl
Bezirksvorsteherin-Stellvertreter

ANFRAGE DER GRÜNEN WIEDEN IN DER

BEZIRKSVERTRETUNG AM 18. Dezember 2025

**an Frau Bezirksvorsteherin Mag^a Lea Halbwidl
betreffend die Vermietung der KFZ-Stellplätze im
Innenhof des Amtshauses, Favoritenstraße 18**



Im Innenhof des Amtshauses des 4. Bezirks in der Favoritenstraße 18 befinden sich KFZ-Stellplätze. In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Anfrage:

1. Mietverhältnisse und Miethöhen

Ich ersuche um eine tabellarische Aufstellung der Stellplätze im Innenhof des Amtshauses, aus der – unter Wahrung des Datenschutzes (ohne Nennung der jeweiligen Mieter:innen) – Folgendes hervorgeht:

- a. Gesamtanzahl der vorhandenen Stellplätze,
- b. Auflistung, welche Stellplätze derzeit vermietet sind,
- c. die jeweils verrechnete monatliche Gesamtmiete,
- d. aufgeschlüsselt in
 - i. Hauptmietzins,
 - ii. Betriebskosten,
 - iii. Umsatzsteuer sowie
 - iv. gegebenenfalls weitere Kostenpositionen (bitte jeweils bezeichnen).

2. Kündigungsmöglichkeiten der bestehenden Mietverträge

- a) Gibt es einen einheitlichen nächstmöglichen Kündigungstermin, zu dem die bestehenden Mietverträge über die Stellplätze gekündigt werden können?
- b) Falls nein: Ich ersuche um eine Übersicht, aus der für jeden einzelnen Stellplatz der jeweils nächstmögliche Kündigungstermin ersichtlich ist.
- c) Nach meinem Verständnis unterliegen Stellplatzmietverträge grundsätzlich den Bestimmungen des ABGB. Ich ersuche daher um Darstellung, ob und unter welchen Voraussetzungen die Stadt Wien diese Verträge unter Einhaltung welcher Kündigungsfrist ohne Angabe von Gründen kündigen kann.

3. Zuständigkeit für die Vertragsbeendigung

Welche Person, Dienststelle oder Behörde ist für den Abschluss und insbesondere für die Kündigung der Mietverträge über die Stellplätze im Innenhof des Amtshauses Favoritenstraße 18 zuständig?

4. Wirtschaftliche Angemessenheit der Vermietung

- a) Hält die zuständige Dienststelle die aktuelle Vermietungssituation (insbesondere die Höhe der Mieten) für wirtschaftlich angemessen, vor

dem Hintergrund, dass es sich um öffentliche Liegenschaften in zentraler Lage des 4. Bezirks handelt?

b) Entspricht die derzeitige Vermietungspraxis nach Einschätzung der Frau Bezirksvorsteherin der Verpflichtung der Stadt Wien, mit öffentlichem Eigentum sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig umzugehen?

Pascal Riepl

Bezirksvorsteherin-Stellvertreter



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden stellt gemäß § 23 der
Geschäftsordnung der Bezirksvertretung
in der Sitzung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Anfrage an die Frau
Bezirksvorsteherin Mag. Lea Halbwidl,**

Betrifft: Chancenbonus für Schulen – Umsetzung ab dem Schuljahr 2026/27

Mit dem kommenden Schuljahr 2026/27 wird in Österreich der im Regierungsprogramm verankerte Chancenbonus eingeführt. Dieser sieht vor, dass 400 ausgewählte Schulen zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen erhalten, um an Standorten mit besonders herausfordernden sozioökonomischen Rahmenbedingungen gezielt Bildungs- und Unterstützungsleistungen zu stärken. Insgesamt stehen dafür jährlich bis zu 800 zusätzliche Vollzeitäquivalente und rund 65 Millionen Euro zur Verfügung. Die Auswahl der teilnehmenden Schulen basiert auf objektiven Kriterien, insbesondere der sozioökonomischen Ausgangslage der Schülerinnen und Schüler.

Hierzu ergeben sich nachstehende Fragen:

1. Wie viele Schulen auf der Wieden sollen am sogenannten „Chancenbonus“ im Jahr 2026 teilnehmen?
2. An welchen Schulstandorten im 4. Bezirk soll dieser „Chancenbonus“ zum Einsatz kommen?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler im 4. Bezirk sollen am sogenannten „Chancenbonus“ im Jahr 2026 mitpartizipieren?
4. Nach welchen Kriterien wurden jene Schulen ausgewählt, die im 4. Bezirk am Chancenbonus teilnehmen sollen?
5. Welche zusätzlichen Ressourcen (z. B. Lehrpersonal, Sozialarbeit, Förderstunden) sollen den Schulen im 4. Bezirk im Rahmen des Chancenbonus tatsächlich zur Verfügung gestellt werden?
6. Welche finanziellen Mittel werden den Schulen im 4. Bezirk im Rahmen des Chancenbonus voraussichtlich jährlich zugesprochen?
7. Welche konkreten pädagogischen oder unterstützenden Maßnahmen sollen mit diesen Mitteln im 4. Bezirk umgesetzt werden (z. B. Sprachförderung, Lernhilfe, psychosoziale Unterstützung)?
8. Wie wird die Wirksamkeit und Zielerreichung des Chancenbonus an den Schulen im 4. Bezirk überprüft oder evaluiert.



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden stellt gemäß § 23 der
Geschäftsordnung der Bezirksvertretung
in der Sitzung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Anfrage an die Frau
Bezirksvorsteherin Mag. Lea Halbwidl,**

Betrifft: Drogenproblematik im öffentlichen Raum im 4. Bezirk

Die Problematik des legalen und illegalen Suchtmittelkonsums in Wien ist leider auch im 4. Bezirk präsent. Besonders im erweiterten Umfeld des Südtiroler Platzes/Hauptbahnhofs, also im angrenzenden Straßennetz und auf öffentlichen Plätzen, kommt es regelmäßig zu Vorfällen.

Auch im Bereich der Straßenbahnstation Blechturmstraße – soweit außerhalb des unmittelbaren Stationsgeländes – sowie in öffentlichen Parks wie dem Alois-Drasche-Park, dem Rubenspark oder dem Bärlipark berichten Anrainerinnen und Anrainer sowie Parknutzerinnen und -nutzer von wiederkehrenden Problemen: Drogenkonsum in der Öffentlichkeit, liegengelassene Utensilien wie Spritzen oder Folienreste, aggressive oder verwirrte Personen im Drogenrausch und ein generell zunehmendes Unsicherheitsgefühl – insbesondere bei Kindern, Familien und älteren Menschen.

Zwar verfügt die Stadt Wien über sozialmedizinische Einrichtungen sowie Streetwork-Angebote, doch ist vielen Menschen nicht klar, welche Maßnahmen konkret vor Ort im Bezirk gesetzt werden. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit diese ausreichend sind, um der Problematik wirksam zu begegnen.

Gerade auch im Umfeld der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur scheint sich ein besonderer Problembereich zu entwickeln. Es erscheint daher sinnvoll, dass die zuständigen Bezirksstellen gemeinsam mit den Wiener Linien in Kontakt treten, um sich über die Situation auszutauschen und Möglichkeiten der Verbesserung zu eruieren.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Einrichtungen (z. B. Streetwork, SAM Wien, Drogenberatung etc.) sind im 4. Bezirk derzeit regelmäßig im öffentlichen Raum tätig, um suchtkranken oder suchtmittelkonsumierenden Menschen Beratung, Hilfe oder niederschwellige Versorgung anzubieten? Bitte um vollständige Nennung aller tätigen Organisationen.
2. Welche dieser Einrichtungen sind explizit mit der Betreuung oder Beobachtung der Situation im Umfeld des Südtiroler Platzes/Hauptbahnhofs, im Bereich der Blechturmstraße sowie in den oben genannten Parks betraut?
3. Wie häufig waren diese Einrichtungen im laufenden Jahr 2025 an den genannten Orten im Einsatz? Bitte um Auflistung nach Ort und Anzahl der dokumentierten Einsätze.



4. Welche konkreten Beobachtungen oder Rückmeldungen dieser Einrichtungen liegen zur Situation im 4. Bezirk vor?
5. Welche präventiven Maßnahmen über bestehende Streetwork-Angebote hinaus sind derzeit im Bezirk geplant oder bereits in Umsetzung, um drogenbedingten Problemen im öffentlichen Raum entgegenzuwirken?
6. Gab es im Jahr 2025 einen offiziellen Austausch des Bezirks mit den Wiener Linien zur Drogenproblematik im Umfeld ihrer Stationen im 4. Bezirk? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?
7. Wurde von Seiten des Bezirks in den vergangenen Jahren verstärkte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum ersucht? Wenn ja, in welcher Form und mit welchem Ergebnis?

Marie Hauser
Klubobfrau



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden stellt gemäß § 23 der
Geschäftsordnung der Bezirksvertretung
in der Sitzung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Anfrage an die Frau
Bezirksvorsteherin Mag. Lea Halbwidl,**

Betrifft: Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes

Mit Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes mit 1. September 2025 ergeben sich auch für die Bezirke neue Pflichten zur Transparenz und aktiven Veröffentlichung von Informationen.

In diesem Zusammenhang ergeben sich einige Fragen.

1. Wie und in welchem Zeitplan setzt die Bezirksvertretung Wieden die Bestimmungen des Informationsfreiheitsgesetzes konkret um?
2. Welche organisatorischen oder technischen Maßnahmen sind geplant, um den Zugang zu amtlichen Informationen für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten?
3. Welche Arten von Informationen werden aktiv veröffentlicht (z. B. Beschlüsse, Budgetdaten, Sitzungsunterlagen) und über welche Kanäle (z. B. Rathauskorrespondenz, Bezirkswebsite, Open-Government-Portale) sind diese abrufbar?
4. Gibt es innerhalb der Bezirksvertretung bereits eine zentrale Anlaufstelle oder Ansprechperson für Auskunftsbegehren nach dem Informationsfreiheitsgesetz?
5. Wenn ja, bitte ich um entsprechende Kontaktdaten.
6. Sind zusätzlich begleitende Maßnahmen geplant (z. B. Informationsveranstaltungen, Bürgerservice), um den Bewohnerinnen und Bewohnern des 4. Bezirks den Zugang zu den neuen Transparenz-Angeboten zu erleichtern?

Marie Hauser
Klubobfrau



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden stellt gemäß § 23 der
Geschäftsordnung der Bezirksvertretung
in der Sitzung am 18. Dezember 2025 nachstehende Anfrage an die Frau
Bezirksvorsteherin Mag. Lea Halbwidl,**

Betrifft: Regenbogen-Zebrastreifen im 4. Bezirk

**Kosten, Nutzen, Entscheidungsgrundlagen und Budgetverantwortung,
bezugnehmend zur Beantwortung der Anfrage S850013-2025, eingebracht in der
Sitzung am 25. September 2025**

Im Bezirk wurden in den vergangenen Jahren mehrere farbige bzw. Regenbogen-Zebrastreifen umgesetzt. Laut aktueller Beantwortung der MA 28 liegen die Errichtungskosten dabei – je nach Straßenbreite – deutlich über jenen herkömmlichen Zebrastreifen, teilweise nahezu im doppelten Kostenbereich. Auch wenn einzelne Projekte über zentrale Budgets finanziert wurden, bleibt der Bezirk grundsätzlich dafür verantwortlich, sparsam und effizient mit öffentlichen Mitteln umzugehen, besonders in einer Zeit, in der in vielen Bereichen Einsparungen notwendig sind und Investitionen sorgfältig abgewogen werden müssen.

Um die Verhältnismäßigkeit solcher Maßnahmen besser beurteilen zu können und eine transparente Entscheidungsbasis für zukünftige Projekte zu schaffen, ersuchen wir um die Beantwortung der folgenden Fragen.

Kosten, Mehrkosten & Budgetverantwortung

1. Wie setzen sich die von der MA 28 angegebenen Mehrkosten von rund € 1.500 für die Regenbogenausführung konkret zusammen?
(Bitte getrennt nach Material, Arbeitszeit, Vorbereitung.)
2. Wurden kostengünstigere Alternativen zur farbigen Ausführung geprüft, und falls ja, aus welchen Gründen wurden sie verworfen?
3. Wurde eine Kosten-Nutzen-Abwägung zwischen Standard- und Regenbogenzebrastreifen dokumentiert?
(Falls vorhanden, bitte beilegen.)
4. Wie stellt der Bezirk sicher, dass auch zentralbudgetierte Projekte finanziell verhältnismäßig sind, insbesondere angesichts der allgemeinen Sparmaßnahmen und begrenzten Mittel der Stadt Wien?
5. Gab es im Vorfeld eine Abwägung, ob andere notwendige Maßnahmen im Bezirk (Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit, Instandsetzungen) gegenüber der gestalterischen Maßnahme Priorität haben?



Materialien, Beschaffung & Herkunft

6. Welche genaue Farb- bzw. Beschichtungsprodukte wurde verwendet?
(Bitte Hersteller und technische Angaben, falls verfügbar.)
7. Stammen die verwendeten Farbpigmente — insbesondere Eisenoxidfarben —
aus europäischen oder internationalen Lieferketten?
(Falls bekannt, bitte Herkunftsländer nennen.)
8. Erfolgt die Beschaffung über bestehende städtische Rahmenverträge oder
wurden eigene Vergaben durchgeführt?

Planung & Entscheidungsgrundlagen

10. Nach welchen Kriterien beurteilt der Bezirk künftig, ob eine farbliche
Zebrastreifengestaltung notwendig oder angemessen ist, insbesondere unter
Berücksichtigung von Kosten, Nutzen, Lebensdauer und Barrierefreiheit?

Marie Hauser
Klubobfrau

Sascha Subarsky, BSc
Bezirksrat



**Der Klub der Freiheitlichen Wien-Wieden stellt gemäß § 23 der
Geschäftsordnung der Bezirksvertretung
in der Sitzung am 18. Dezember 2025 nachstehenden Anfrage an die Frau
Bezirksvorsteherin Mag. Lea Halbwidl,**

**Betrifft: Kosten, Nachhaltigkeit und Auftragsvergabe der Rotfärbung in der
Fahrradstraße Argentinierstraße**

Im Zuge der Errichtung der Fahrradstraße Argentinierstraße wurde die Fahrbahn großflächig mit farbigem Mischasphalt ausgeführt. Bereits nach wenigen Jahren zeigen sich deutliche Abnutzungen und ein erkennbares Ausbleichen der roten Oberfläche. Dies wirft Fragen hinsichtlich der Materialwahl, der Kosten, der Haltbarkeit, der Ausschreibung sowie der Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte auf.

Es wird daher um Auskunft ersucht zu:

Auftrag und Vergabe

1. Welche Firma erhielt den Auftrag zur Herstellung und Einbringung des farbigen Mischasphalts?
2. Auf welcher Grundlage erfolgte die Vergabe (öffentliche Ausschreibung, Direktvergabe) und wer war für die Zuschlagserteilung zuständig?
3. Welche technischen Anforderungen und Kriterien (Materialqualität, Pigmente, Schichtstärken, Nachhaltigkeitskriterien) waren ausschlaggebend für die Auswahl des Auftragnehmers?

Materialwahl, Alternativen und Umweltaspekte

4. Welche alternativen Bauweisen oder Beläge (z. B. andere farbige Asphalte, Mineralbeläge, Pflasterungen oder versickerungsfähige Varianten) wurden geprüft, und aus welchen Gründen wurden diese verworfen?
5. Welche Umwelt- und Gesundheitsaspekte wurden bei der Entscheidung berücksichtigt (Abrieb, Pigmentauswaschungen, Mikroplastik, chemische Belastungen)?
6. Gab es technische Prüfungen, Gutachten oder ökologische Bewertungen, die die Materialwahl unterstützen?
7. Aus welchen Gründen wurde trotz erwartbarer Farbabnutzung auf eine versiegelnde Asphaltierung und gegen versickerungsfähige Materialien entschieden?

Kosten, Mehrkosten und langfristige Wirtschaftlichkeit

8. Welche Mehrkosten entstanden durch die Verwendung farbigen Mischasphalts im Vergleich zu herkömmlichem Asphalt?



9. Wie hoch waren die gesamten Errichtungskosten inklusive Planung, Material, Ausführung und Baustellenorganisation?
10. Wie viele Jahre wird der Farbton erfahrungsgemäß sichtbar bleiben, bevor eine Erneuerung oder Überarbeitung notwendig wird?
11. Welche Möglichkeiten bestehen, die rote Farbe über längere Zeit zu erhalten (Nachbeschichtungen, Oberflächenbehandlungen, Austausch der oberen Asphaltsschicht)?
12. Wie viel teurer ist eine zukünftige Erneuerung der roten Schicht im Vergleich zur Erneuerung eines normalen Asphaltbelags?
13. Wie hoch waren die Gesamtkosten des Projekts (Planung, Material, Einbau, Baustellenorganisation)?
14. Welche Kosten würden solche Erhaltungsmaßnahmen verursachen und auf Basis welcher Stellen (Stadt/MA) würden sie finanziert?
15. Liegt eine Kosten-Nutzen-Bewertung der Stadt zur Verwendung farbiger Asphaltflächen vor?

Haltbarkeit, Abnutzung und Erfahrungen

16. Welche technische Lebensdauer weist der eingesetzte farbige Mischasphalt hinsichtlich Struktur und Farbton auf?
17. Welche Ursachen liegen der raschen Verblassung zugrunde und ab welchem Zeitpunkt ist damit zu rechnen, dass die Fläche optisch kaum mehr von herkömmlichem Asphalt unterscheidbar ist?
18. Wurden Erfahrungen oder Vergleichsprojekte anderer Städte herangezogen, um die Haltbarkeit und Farbstabilität zu beurteilen?
19. Welche Schlussfolgerungen zieht der Bezirk bzw. die Stadt Wien aus den bisherigen Erfahrungen für zukünftige Fahrradstraßen?

Eisenoxidpigment:

20. Aus welcher Region stammen die eingesetzten Eisenoxidpigmente und liegen Zertifizierungen über Umwelt- oder Sozialstandards der Produktion vor?

Marie Hauser
Klubobfrau

Sascha Subarsky, BSc
Bezirksrat